Bezugspreise: Bei Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mk., vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 1133. Bei Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 35 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpeditionen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4699.

Nr. 40. Halle, Dienstag, den 25. Januar 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Politik und Presse.

Wie wir schon in unserer heutigen Morgenausgabe kurz meldeten, hat Reichsminister Dr. Simons in der Festsitzung des Reichsverbandes der deutschen Presse am 23. Jan. eine bemerkenswerte Rede über das Thema „Politik und Presse" gehalten. Da die Ausführungen geeignet sind, manchen auch heute noch vorhandenen Irrtum über die Stellung der Presse und ihrer geistigen Leiter im öffentlichen Leben zu beseitigen, halten wir es für angebracht, einen ausführlichen Auszug aus dem amtlichen Stenogramm zu veröffentlichen.

Dr. Simons sagte u. a.: Die Presse kommt für die politische Leitung eines Volkes in einer doppelten Eigenschaft in Betracht: als Nachrichtenquelle und als Gestalterin und Darstellerin der öffentlichen Meinung. Nach beiden Richtungen ist ihre Benutzung durch die Staatsmänner viel älteren Datums, als man denkt. Ich erinnere zum Beispiel an die Flugschriften-Literatur der Reformationszeit und des Dreißigjährigen Krieges. Aber wie ärmlich nimmt sich diese Tätigkeit der Druckerpresse gegenüber der politischen Bedeutung der heutigen Zeitungsliteratur aus, die man mit vollem Recht als eine Großmacht für sich bezeichnet hat. Die Fülle des Tatsachenmaterials, das die heutigen Tageszeitungen aus dem In- und Ausland in kürzesten Abständen zur Verfügung des Politikers stellen, ist durch keine noch so wohl organisierte Berichterstattung amtlicher Vertreter zu ersetzen. Zwischen diesen amtlichen Berichten und dem Nachrichtenwesen der Presse bestehen naturgemäß gewisse qualitative Unterschiede, die man vielleicht mit den bekannten Worten des Onkel Bräsig bezeichnen kann: in der Richtigkeit mögen die amtlichen Berichte den journalistischen im ganzen über sein, in der Fixigkeit sind meist die Journalisten den Diplomaten über.

Aber, wie dem auch sei, der Tatsachenbericht ist nur für das Publikum, nicht für den Politiker der Hauptteil des Nutzens, der aus der Presse zu ziehen ist. Weit wichtiger ist dem Politiker die Presse als Instrument der öffentlichen Meinung. Er ist ein Stümper in seinem Fach, wenn er nicht versteht, auf diesem Instrument zu spielen und sich von ihm vorspielen zu lassen.

Das gilt auch für das Bismarckische Zeitalter. Bismarck selbst war nicht nur ein genialer Staatsmann, sondern auch ein genialer Journalist. So übel er manchmal über die Leute der Presse geurteilt hat, so ausgezeichnet hat er es verstanden, sich die Presse dienstbar zu machen. Seiner gewaltigen Natur entsprechend, ging er auch dabei gern mit Keulenschlägen vor. Seine Neigung zur Presse hat er auch nach der Entlassung bekundet. Im Archiv des Auswärtigen Amts liegen 25 Bände mit Zeitungsartikeln, die Bismarck nach seinem Abgang entweder selbst verfaßt oder doch inspiriert hat. Unter diesen Artikeln befindet sich die berühmte Veröffentlichung über den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag, durch die der alte Steuermann der deutschen Reichspolitik sein Volk noch einmal vor den Gefahren des neuen Kurses warnen wollte.

Wie viel mehr gilt der Grundsatz der Verbindung von Politik und Presse für ein demokratisches Zeitalter und für das Leben eines Volkes, das sich eine so freie Verfassung gegeben hat, wie das deutsche in Weimar. Es ist charakteristisch, wie heute eigentlich jede leitende Behörde sich einen eigenen Presse-Organismus zu schaffen versucht, um für die von ihr betriebene Staatskunst im Volke unter eigener Verantwortung Stimmung zu machen und die Vertretung ihrer Vorlagen und Entschließungen vor der Oeffentlichkeit vorzubereiten. Ich will nicht sagen, daß ich dieses Symptom für die politische Bedeutung der Presse zugleich als ein Zeichen gouvernementaler Gesundheit betrachte. Aus je mehr behördlichen Quellen die Presse gespeist wird, um so leichter ergeben sich Widersprüche in der Haltung der Regierung und in ihrer Beurteilung durch das Volk. In der inneren Politik lassen sich derartige Widersprüche noch einigermaßen ertragen; denn hier ist die öffentliche Meinung aus natürlichen Gründen in sich gespalten und widerspruchsvoll. Das innere politische Leben jedes regsamen Volkes bedarf starker parteipolitischer Gegensätze, um gesund zu bleiben. Es ist nötig, daß sich die Interessen der verschiedenen Volksteile in ihrer horizontalen und vertikalen Gliederung klar heraus arbeiten, damit bei ihrer Abwägung durch den Politiker die Wucht eines jeden Interesses voll erkannt und richtig eingeschätzt wird. Die Aufgabe jener Faktoren des politischen Lebens an den Tag zu bringen, liegt der Parteipresse ob, wobei ich nicht nur an politische, sondern auch an wirtschaftliche Parteien denke. Ressorts haben bekanntlich auch verschiedene Interessen; diese sollten in sich und ohne Zuziehung der Presse ausgeglichen werden. Dagegen ist es geradezu Pflicht, den Unterschied der Weltanschauungen und der Interessen freier Verbände der Gesellschaft durch die Presse mit allem Nachdruck klar zu stellen. Nicht der Widerspruch und der Kampf als solcher, sondern nur die Form des Kampfes kann in diesem Falle Gegenstand kritischer Betrachtung sein.

Halten Sie es nicht für eine Anmaßung, wenn ich für die äußere Politik hier eine Sonderstellung in Anspruch nehme. Auch die waffenmächtigsten Regierungen haben immer großen Wert darauf legen müssen, bei Streitfragen mit dem Ausland die Presse ihres Landes hinter sich zu haben. Wieviel mehr bedarf einer solchen Stütze eine Regierung wie die Deutsche, deren politischer Kampf gegenüber dem Ausland überhaupt nicht mehr mit Waffenmacht ausgefochten werden kann. Der Gedanke, ein völlig geschlossenes und einiges Volk in einer Sache zu vertreten, in der man das Recht auf seiner Seite weiß, könnte den Staatsmann wohl über das Gefühl hinweg heben, daß ihm keine Waffen geliehen sind, um dem Recht zum Siege zu verhelfen, ja, diese Aufgabe könnte ihn gerade um ihrer idealen Reinheit willen locken. Aber so gut wird es in unserem höchst verwickelten Verhältnissen schwerlich irgend eine Politiker und sicherlich nicht einem deutschen. Wie soll ein einheitlicher Volkswille für die Außenpolitik geschaffen werden, wenn ein Teil der Bevölkerung mit dem Gedankensystem des östlichen Bolschewismus, ein anderer mit dem der westlichen Militär- und Machtpolitik in Einklang steht. Hier muß auch die willigste und die best geleitete Presse versagen, wenn sie nicht die Fühlung mit ihrem Leserkreis verlieren will.

Was heißt überhaupt, eine Presse leiten? Wie man eine Presse nicht leiten sollte, haben wir während der Kriegsjahre schaudernd erlebt. Ich kann nur eine Presse hoch einschätzen, die sich in diesem Sinne überhaupt nicht leiten läßt. Die deutsche Presse, wenigstens die, auf die es für die politische Bildung der öffentlichen Meinung überhaupt ankommt, hat, Gott sei Dank, ihren eigenen Charakter. Sie ist stolz darauf und wacht eifersüchtig darüber, daß man ihm nicht zu nahe tritt. Ein Versuch, die deutsche Presse anders zu leiten, als in der Richtung ihrer politischen Ueberzeugung, wäre zur Erfolglosigkeit verurteilt:

Und doch lechzt die Presse geradezu nach einer richtigen Führung. Die richtige Führung besteht meines Erachtens darin, daß der Politiker den Vertretern der Presse die Tatsachen mitteilt, die sie nicht kennen, die aber für die Beurteilung der politischen Lage wichtig sind, und daß er ihnen die Ziele aufzeigt, nach denen er die Politik seines Landes führen will. Das Urteil über die Tatsachen und die Ziele muß er aber der Presse überlassen. Wo sie mißbilligt, wird sie ihrer abweichenden Ansicht mit Freimut und mit Schonung der Interessen des Landes Ausdruck zu geben haben. Bei einer solchen Zusammenarbeit können Politiker und Presse nur von einander lernen, und die Gesamtheit wird sich wohl dabei befinden.

Uebrigens sind die Begriffe Politiker und Pressemann keine gegensätzlichen. Der Journalist über dem Strich ist eben auch in erster Linie ein Politiker. In so manchem Korrespondenten und Redakteur steckt ein Staatsmann; wenn auch die Karriere vom Redaktions- zum Ministersessel bei uns keine übliche ist. Es kann der Politik eines Landes nur frommen, wenn der Journalist im Politiker nicht den Bürokraten, sondern den Staatsmann, und der Politiker im Journalisten nicht den Neuigkeitskrämer, sondern wiederum den Staatsmann erkennt und achtet.

Der handelnde Staatsmann und besonders der Außenpolitiker kann sein Ziel nur selten klar bezeichnen. Er kann den Weg zu seinem Ziel nur mit vorsichtigen Schritten gehen, ja, er muß schon gewonnenes Gelände opfern, um das Ziel auf neuem Wege zu erreichen. Man hatte sich ja bei uns allmählich gewöhnt, aus dieser Not eine Tugend zu machen und sie als Realpolitik zu preisen. Der Journalist dagegen darf sein Ziel offen verkündigen und auf geradem Weg ihm zustreben. Die deutsche Presse hat heute die hohe Aufgabe, die politische Idee in ihrer ganzen Macht und Reinheit über unserem Vaterland leuchten zu lassen. Die Pflege der Ideen, für die unsere Gegner angeblich in den Krieg gezogen sind und die der Friede von Versailles so schmählich verleugnet hat, ist in die Hand der deutschen Presse gegeben.

Nun bitte ich, mich aber nicht dahin mißzuverstehen, als wenn ich der Presse Prinzipienreiterei empfehlen wollte. Leider ist dieser Vorwurf der deutschen Presse nicht immer ohne Begründung gemacht worden, und es gibt Kritiker, die gerade in einer Neigung zu eigensinnigem Festhalten an Dogmen und Doktrinen die Unterlegenheit der deutschen Presse gegenüber der Presse der Westmächte finden wollen. In der Tat ist es für den aufmerksamen Beobachter unverkennbar, daß die französische Presse dem Wechsel der politischen Situation mit schnellerem psychologischen Verständnis folgt, daß die englische Presse den Ereignissen mit kühlerem Wirklichkeitssinn gegenübersteht, und daß sowohl die französische wie die englische Presse in Dingen der äußeren Politik ihres Landes eine straffere Selbstdisziplin aufweist, als durchschnittlich die deutsche. Manchmal überkommt den deutschen Staatsmann ein Gefühl des Neides, wenn er erkennt, mit welcher Behendigkeit die fremde Presse dem Hieb des Gegners sekundiert, mit dem er die Klingen zu kreuzen hat, während ihm dieser oder jener deutsche Journalist mit der besten Absicht in die Parade fährt.

Und dennoch möchte ich die deutsche Presse nicht mit einer ausländischen tauschen. Sie ist ein viel reicher instrumentiertes Orchester, auf dem die Symphonie unserer öffentlichen Meinung gespielt wird, als das der anderen Völker.

Gemeinsam mit der Inlandspresse erwächst heute der deutschen Auslandspresse die vornehme Pflicht, den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen Mut und Willen zu stärken im Kampf um die Erhaltung ihres Volkstums.

Die Vertreter der deutschen Presse können den politischen Aufgaben, die ihnen gestellt sind, nur gerecht werden, wenn sie in ein richtiges Verhältnis zu den führenden Kreisen in Deutschland kommen, und wenn diese führenden Kreise das richtige Verständnis für die Vertreter der Presse gewinnen. Diese Voraussetzung kann nicht erfüllt werden, wenn der journalistische Beruf nicht ein soziales und ethisches Niveau einhält, das ihm gesellschaftliche Sicherung und persönliches Selbstgefühl gewährt. Es ist das hohe Verdienst der Gründer des Reichsverbandes der Deutschen Presse, daß sie ihrem Stande ein solches Niveau zu verschaffen gewußt haben, das den freien Blick für das Ganze ermöglicht.

Die Pariser Konferenz.

Der gestern abend ausgegebene amtliche Bericht lautet: In einer Sitzung, die von 4—7 Uhr nachmittags dauerte, hat die Konferenz die Beratung der Entwaffnungsfrage Deutschlands fortgesetzt. Sie hat entschieden, daß die Sachverständigen für Heer, Marine und Luftschiffahrt sich morgen vormittag unter dem Vorsitz von Marschall Foch zusammenfinden sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die völlige Ausführung der Friedensvertragsklauseln betreffend die Entwaffnung durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann berichten. In der morgen vormittag stattfindenden Sitzung wird zunächst über die Lage in Oesterreich gesprochen, alsdann wird in eine Prüfung der griechischen und der Orientfrage eingetreten.

Die Parteien der Mitte und die Preußenwahlen.

In einer überaus stark besuchten Versammlung in Magdeburg führte Senator Dr. Peterson, als er auf die Preußenwahlen zu sprechen kamen, die eine entscheidende Bedeutung auf die Entwickelung im Reiche hätten, unter großem Beifall folgendes aus: Nach der Einleitung der Wahlbewegung sei zu erwarten, daß dieselben Fehler begangen würden, wie bei der Reichstagswahl. Es gelte die Mittelparteien zu stärken, da nur eine Koalition dieser Parteien Gewähr für eine ruhige günstige Entwickelung innerpolitisch wie außenpolitisch biete. Sowohl die Mehrheitssozialdemokratie, wie besonders die Volkspartei, haben auf ihren Preußentagen dafür jedes Verständnis vermissen lassen. Die Volkspartei lehne sich wieder an die radikale Partei der Rechten, die Deutschnationalen, an und konzentriere ihren Kampf auf die Demokraten wie früher sachlich durchführen. Aber — wenn das so weiter gehe, so würden wir am 20. Februar vor demselben Scherbenhaufen stehen, wie am 6. Juni 1920. Die Demokraten würden sich dann sehr zu überlegen haben, ob sie sich wieder bereitfinden lassen werden, bei der Regierungsbildung die Brücke zwischen links und rechts zu bilden. Entscheide sich das Volk wieder für eine Verstärkung der radikalen Parteien der Rechten und Linken so käme für die Demokraten ernstlich in Frage, sich die Entwicklung der Dinge von der Zuschauertribüne anzusehen. Es ist zu hoffen, daß diese ernsten Worte, in denen die Vernunft und nicht die von der Volkspartei beliebte Stimmungsmache zum Ausdruck kommt, beachtet werden und daß sich die zweifellos unter außen- und innenpolitischem Druck nervös gewordenen Wählermassen zu der Erkenntnis auftreffen, daß Politik und Lyrik grundverschiedene Dinge sind.

Reichsnotopfer und Kriegsanleihe.

In der gestrigen Sitzung des Steuerausschusses fragte zunächst der Sozialdemokrat Keil, wie sich die Regierung die Erledigung der Novelle zum Einkommensteuergesetz denkt. Für den Fall, daß auch Fragen des Tarifs, also der Höhe der Einkommensteuer angeschnitten würden, wäre weiteres Material unbedingt notwendig. Der Reichsfinanzminister erwiderte, daß die Vorlage so umfangreichen Materials wahrscheinlich vier bis sechs Wochen dauern würde, daß die Regierung aber den dringenden Wunsch habe, die Novelle zur Durchführung zu bringen; er bezeichnete dann diejenigen Teile, die unbedingt bis zum 4. Februar verabschiedet sein müßten. Die Beratung über das Rayonsteuergesetz, das die Preissteigerung und den Wertzuwachs infolge Fortfall von Baubeschränkungen und Bauverboten in den aufgelassenen ehemaligen Festungsrayons treffen will, wurde halt abgebrochen, weil man sich die Schwierigkeiten der Veranlagung nach den Vorschriften des Gesetzes nicht klar machen konnte. Nunmehr ging der Ausschuß zu § 43 des Reichsnotopfers über, um zu beraten, wieweit Kriegsanleihen zur Bezahlung des Reichsnotopfers angenommen werden können. Der Reichsfinanzminister erklärte, daß dies auch über den 31. Januar 1921 geschehen könne. Bis dahin sei die Frist bereits gegenüber dem Gesetz verlängert. Die Frist werde auf einen Monat nach Zustellung der vorläufigen Veranlagung ausgedehnt. Die Vergünstigung der Annahme zum Nennwert solle für Kriegsanleihen, die an Abkömmlinge geschenkt sind, nicht eintreten. Zu viel hinterlegte Stücke würden zurückgegeben werden. Barmittel könnten dafür nicht ausgezahlt werden. Auch sonst stellte der Minister Entgegenkommen in Aussicht. Die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie erklärten sich mit den Ausführungen des Ministers einverstanden, indem sie der Hoffnung Ausdruck gaben, daß sich im Laufe der weiteren Verhandlungen, und wenn die Sachlage besser übersehen lassen werde, der Finanzminister sich noch zu weiteren Erleichterungen bereit finden würde. Insbesondere wurde hierbei von demokratischer Seite darauf hingewiesen, daß der Reichsfinanzminister allen Grund habe, bei Annahme der Kriegsanleihe möglichst entgegenzukommen, da das Reich doch in absehbarer Zeit wieder zu Anleihen schreiten müsse und das die jetzige Stellungnahme der Reichsregierung, die Bereitwilligkeit, wieder Reichsanleihen zu zeichnen, sehr beeinflussen würde.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Beuthen, 25. Jan. Die Regierungskommission in Oppeln hat folgende für die Abstimmung wichtige Entscheidung getroffen, die den beiden Vertretern des deutschen und des polnischen Plebiszitkommissariats mitgeteilt und sie ermächtigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210125023/fragment/page=0001

1. Alle Stimmberechtigten der Kategorie B (gedurtige, aber nicht anläßige Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuß eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimmliste eingetragen sind oder nicht und zwar durch die Post gegen Rüschein.

2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten die auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage nicht peinlich genau, sondern entgegenkommend sein. Es soll ausreichen, wenn durch die Schreibweise der Klang des Namens wiedergegeben wird.

3. In dem Antrage auf Eintragung in die Stimmliste (Kategorie B, Anlage 1 der Vorschriften) ist unter Nr. 15 anzugeben das Datum, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnort in Oberschlesien verließ. Eine ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn eine genauere Angabe nicht möglich ist.

4. Der Servis du Plebiscite ist damit einverstanden, daß die Eintragungen der Abstimmungslisten durch die Organisation des deutschen und polnischen Plebiszitkommissariats den paritätischen Ausschüssen übermittelt werden.

Sozialistische Wahlniederlage in Lippe.

Nach einer WTB.-Meldung aus Detmold sind bei den Wahlen zum Lippischen Landtage folgende Stimmenzahlen verzeichnet worden:

Deutschnational	17 600	(gegen Reichstagswahl — 400)
Volkspartei	15 200	(gegen Reichstagswahl — 2800)
Demokraten	8 800	(gegen Reichstagswahl + 200)
Gewerkschaftsbund	44 000	(gegen Reichstagswahl + 4400)
Mehrh.-Sozialdem.	25 400	(gegen Reichstagswahl + 2400)
Unabhängige	2 400	(gegen Reichstagswahl — 3600)
Kommunisten	3 400	(gegen Reichstagswahl + 3400)

Geschwächt sind aus dem Wahlkampf also hervorgegangen die beiden Rechtsparteien mit zusammen 3200 und die Unabhängigen mit 3600 Stimmen. Die letzteren sind an die Kommunisten abgewandert mit Ausnahme von 200 Stimmen, die den Mehrheitssozialisten zugute gekommen sein dürften. Außerdem ist bei der Sozialdemokratie ein Mehr von 2200 Stimmen zu verzeichnen, während bei den nichtsozialistischen Parteien, denen auch der Gewerkschaftsbund zugerechnet werden muß, ein Plus von 1600 abzüglich der 3200 der Rechtsparteien, also positiv von 1400 festgestellt werden kann. Gegenüber den Reichstagswahlen ist also eine um 3800 Stimmen größere Wahlbeteiligung erfolgt. Die Mandatsverteilung stellt sich: Sozialdemokraten 7, Volkspartei 4, Deutschnationale 5, Demokraten 2, Gewerkschaften 1, Kommunisten 1, Unabhängige —. Ein Mandat steht noch aus, bis die Ergebnisse der brieflichen Wahl, die zum ersten Male in Deutschland durch Lippe eingeführt ist, bekanntgegeben sind. Die sozialistischen Parteien haben also nur 8 von 21 Mandaten erhalten, oder allenfalls 9, wenn ihnen das fehlende noch zufallen sollte. Die Rechtsparteien haben ebensoviel Mandate. Das Zünglein an der Wage bilden also auch hier wieder die Demokraten und dazu die Gewerkschaften. Eine sozialistische Regierung würde demnach unmöglich sein, eine Rechtsregierung aber auf schwachen Füßen stehen. Das Gesündeste wäre zweifellos eine Regierung der Mitte, die sich auf die 14 bzw. 15 Mandate der Volkspartei, Demokraten, Gewerkschaften und Sozialdemokratie stützen könnte. Man sieht auch an diesem Beispiel wieder, daß die wirkliche Mitte bei der Demokratie liegt.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Kattowitz, 24. Januar. Vormittags wurde die Stationskasse in Rosdzin durch vier Banditen mittels Dynamit in die Luft gesprengt. Eine Beraubung der Kasse wurde durch Eisenbahnbeamte und Abstimmungspolizei verhindert. Drei Banditen wurden verhaftet.

Deutsches Reich.

Deutschnationale und Zentrum. Der Ruck nach links, den die Zentrumspartei seit den Novembertagen gemacht hat, und der auch äußerlich dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Fürsten und Grafen, die sonst in ihr saßen, restlos verschwunden sind, hat die Deutschnationalen veranlaßt, den Versuch zu machen, die rechtsgerichteten Teile des Zentrums zu sich herüberzuziehen. Die Deutschnationalen hatten daher eine seitliche Versammlung der deutschnationalen Katholiken in Berlin einberufen, in der General v. Gallwitz, der die Hauptrede hielt, ausführte, daß es dem Zentrum nicht nur an Köpfen, sondern auch an Charakteren fehle, und darauf hinwies, daß das Zentrum die Sozialdemokratie fördere. Interessant war die Feststellung, daß eine ganze Anzahl katholischer Studentenverbindungen geschlossen deutschnational gestimmt hätten. Ob es den Deutschnationalen gelingen wird, das konfessionelle Band, das das Zentrum umschließt, zu lockern, ist für die nächste Zeit jedenfalls mehr wie fraglich. Es entbehrt aber eines gewissen pikanten Reizes nicht, daß die Leute, die seinerzeit das Wort vom „protestantischem Kaisertum" im Gegensatz zu den katholischen Habsburgern geprägt haben, jetzt um die Gunst der katholischen Kreise buhlen und noch dazu, wie es Gallwitz tat, mit dem kommenden Zusammenschluß mit Oesterreich operieren.

Die Mörderzentrale. Bisher kannte man eine sogen. „Mörderzentrale" nur aus den Zeitungen der äußersten Linken, die nach deren grausigen Schilderungen die Aufgabe hatte, mißliebige Kommunisten zu beseitigen. Dem unabhängigen Abg. Ledebour ist es nun gelungen, eine „Kommunistische Mörderzentrale" zu entdecken. Auf dessen Ausführungen hatte der Reichsminister Koch am 15. Januar im Hauptausschuß bei Besprechung der linksradikalen Agitation hingewiesen. Die Kommunisten haben jetzt verstimmt aufs äußerste gegen ihren alten Freund Ledebour eine höchst verzwickte Anfrage an den Minister gerichtet, in der sie u. a. anfragen, welche Maßnahmen die Reichsregierung getroffen hat, um die gesetzwidrige Einrichtung aufzuheben und ihre Mitglieder den Gerichten zuzuführen, und was sie weiter zu tun gedenkt, wenn sich die Angaben Ledebours als Phantasieprodukt herausstellen, um die Verleumdung der kommunistisch gesinnten Deutschen gutzumachen. Natürlich ist die Anfrage nur gestellt, um den alten Freund und jetzigen Gegner Ledebour irgend wie Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Auslands-Rundschau.

Der schweizer Bundesrat beantragt bei der Bundesversammlung die provisorischen Beschränkungen in der Wareneinfuhr vornehmen und Zollerhöhungen durchführen zu dürfen. Beide Anträge sollen die einheimische Industrie in ihrer gegenwärtigen Krise nach Möglichkeit schützen und der Arbeitslosigkeit entgegentreten. Der Bundesrat wählte zum Direktor des eidgenössischen Arbeitsamtes den bisherigen Delegierten des Volkswirtschaftsdepartements für soziale Gesetzgebung, Pfister.

Keine russischen Angriffsabsichten. Eine amtliche russische Kundgebung tritt den in West- und Mitteleuropa verbreiteten Gerüchten von russischen Angriffsabsichten für das nächste Frühjahr entgegen. Sie entbehren jeder Grundlage und die Ausstreuungen seien nur ein Dekmantel für neue Verschwörungen und Pläne der internationalen Gegenrevolution. Die ganze Arbeiterschaft Rußlands sei von dem Ruf nach Frieden und nach friedlicher Arbeit durchdrungen.

Das spanische Kabinett ist zurückgetreten.

Provinzial-Nachrichten.

Hornburg, 25. Jan. (Wintergewitter.) Bei einem über unsern Ort hinziehenden Gewitter schlug der Blitz in die Windmühle im benachbarten Reinstedt ein und schlug einen Flügel herunter.

Erfurt, 23. Jan. (Wohlverdiente Strafe.) Auf der Straße wurde ein Arzt aus Ilmenau ohne jeden Grund angerempelt und geschlagen. Der Straßenrüpel wurde ermittelt und zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Stendal, 23. Jan. (63 000 Mark für einen Zuchtbullen.) Eine Versteigerung von 9 Bullen fand in der Viehausstellungshalle statt. Die Tiere waren durch den Verband für die Zucht des schwarzbunten Tieflandrindes in der Provinz Sachsen aus Ostfriesland eingeführt. Die erzielten Preise bewegten sich zwischen 25 500 und 63 000 Mark. Käufer der bestbezahlten Tiere waren: Stammzucht-Genossenschaft Bellau, Landkreis Stendal (63 000 Mark), Zuchtgenossenschaft Carrits, Landkreis Stendal (60 000 Mk.), Zuchtgenossenschaft Groß-Engersen, Kreis Gardelegen (54 000 Mark), und Rittergutsbesitzer Th. Hellmann in Warchau, Kreis Jerichow 2 (54 000 Mark).

Ronshausen b. Bebra, 23. Jan. (Räuberischer Ueberfall.) Dieser Tage wurde in den frühen Abendstunden auf der Straße Ronshausen—Hönebach der Gelegenheitsarbeiter Hermann Weit von hier von zwei Männern überfallen, lebensgefährlich verletzt und seines Geldes (rund 3000 Mark), seiner Taschenuhr, eines Paares Damenschuhe, seines Rucksackes und seines Schlüsselkörbchens beraubt. Die Täter, die anscheinend aus Machtlos stammen, konnten noch nicht ermittelt werden.

Mühlberg, 24. Jan. (Der Schulstreik) ist hier bereits einen Tag nach der großen Bürgerversammlung von denjenigen, welche ihn angeordnet hatten, ausdrücklich wieder aufgehoben worden.

Blankenburg, 24. Jan. (Werber zur Fremdenlegion.) Dem hiesigen Amtsgericht zugeführt wurde ein auswärtiger junger Mann, weil er im Verdacht stand, hier für die Fremdenlegion zu werben. Dieser Bursche hatte unter anderem die Dreistigkeit, in einem hiesigen Tanzlokal ein Hoch auf General Foch auszubringen. Und da hat sich niemand gefunden, dem Burschen einen Denkzettel zu geben?

Quedlinburg, 25. Jan. (Eine Herabsetzung der Rotration) um 50 Gramm für die Woche machte sich infolge der unzureichenden Belieferung der Stadt durch die Reichsgetreidestelle nötig. Bisher konnte die Ration von 2000 Gramm nur gegeben werden, weil das Lebensmittelamt noch über Reserven verfügte, die nunmehr aufgebraucht sind. Das Brotgewicht von 1950 Gramm entspricht dem in den meisten anderen Städten des Reiches zur Zeit verausgabten. Der Brotpreis wird um 10 Pf. herabgesetzt.

Magdeburg, 23. Jan. (Der Zweigverband Sachsen, Anhalt des Deutschen Müllerverbandes) hielt hier seine Hauptversammlung ab. Ueber die Gründung einer Müller-Bank, die in der Aufschließung des Verbandes in Dresden besprochen wurde, hegte man Zweifel, da die Finanzierung des Unternehmens schwierig sei. Die Tätigkeit des Gesamtverbandes und sein Verhältnis zu den örtlichen Mühlenvereinigungen legte Direktor Barninger (Magdeburg) dahin aus, daß letztere nur als Konkurrenzorganisation gegen den Verband gegründet und daher schädlich sei, stieß aber in der Versammlung auf Widerspruch. Eine baldige einschneidende Veränderung in der Getreidezwangsbewirtschaftung wurde gefordert.

Vermischtes.

Der Mord an dem Juder. Das Kapitalverbrechen, das, wie berichtet, vor zwei Tagen in dem Hause Leibnizstraße 21 in Berlin an dem Juder Schlitzer Singh verübt worden ist, scheint jetzt seiner Aufklärung entgegenzugehen. Die eingehende Untersuchung hat eine aufsehenerregende Wendung genommen. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurden die Schwiegereltern des ermordeten Singh, der Tischlermeister Ernst Becker und seine Frau Marie, sowie ihre Tochter Hildegard, die Ehefrau Singhs, verhaftet und in den Gewahrsam der Kriminalpolizei gebracht. Alle drei waren sehr eingehend vernommen worden. In ihren Aussagen fanden sich Widersprüche, zu deren Aufklärung dann noch Einzelvernehmungen stattfanden. Das Ergebnis der Vernehmungen und der Befund am Tatorte hat so belastende Momente gezeitigt, daß sich die Staatsanwaltschaft zur Erlassung des Haftbefehls veranlaßt sah.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Mittwoch, 26. Januar. Inhalt: Flammen. Roman von Hans Schulze. — Die Hochherrschaftliche Wohnung. Von Ernst Goblis. — Vom Land des Fremdenlegionärs. — Berliner Theaterpraxisgänge. — Deutschland als Regengebiet. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Im Spielklub.

Von

Martin Zeuchtwanger.

(Nachdruck verboten.)

Spielklub.

Man spielt Baccarat. Alles erscheint ruhig und gedämpft. Aber ein Fieber kocht in dem Raum, das an Wahnsinn grenzt. Die Augen flackern, die Hände zittern. Ab und zu entringt sich einem ein Seufzer, ab und zu hebt sich eine Brust, als ob einer aus langjähriger qualvoller Gefangenschaft befreit würde. Blicke senken sich und irren trostlos herum.

Spielt man sonst nur um Tausende, so wird heute um Zehntausende gespielt. Hohe Stöße von Tausendern und Hunderttern liegen vor dem Bankier. „Ist das Spiel gemacht?" — „Es kann immer noch gesetzt werden." — „Ab dafür!" Der Bankier überfliegt die beiden Seiten. Rechts 35 000 Mark und 17 000 Mark und 21 000 Mark und 6000 Mark und 9000 Mark und 1500 Mark und 800 Mark und 250 Mark; links 31 000 Mark und 17 500 Mark und 1500 Mark und nochmals 1500 Mark und 600 Mark. Der Bankier gibt: Rechts eine Karte, links eine Karte, sich selbst eine Karte, rechts eine zweite Karte, links eine zweite, sich selbst eine zweite. Rechte Seite: „Es wird gedeten." Linke Seite: „Es wird gedeten." Der Bankier sieht seine Karte an: „Die Bank hat neun." Er streicht alles Geld ein und zählt: Annähernd 150 000 Mark. — „Ich bitte das nächste Spiel zu machen . . ."

Unermüdlich . . . Millionäre zittern und sehen mühsam errichtete Banken einstürzen.

Unten an der linken Seite hinter dem Tisch sitzt ein unscheinbarer Herr. Er sitzt seit zwei Stunden auf demselben Stuhl und hat noch niemals gesetzt. Er betrachtet ständig und mit Aufmerksamkeit die Runde, ohne teilzunehmen.

„Das letzte Spiel!" ruft der Klubleiter.

„Ich bitte das Spiel zu machen!" ruft der Bankier. Unzählige werden vorgeschoben.

Der unscheinbare Herr greift in die Brusttasche, bringt einen Stoß Banknoten hervor und legt sie auf den Tisch.

„Wieviel?" fragt der Bankier.

„25 000," sagt der unscheinbare Herr.

Der Bankier gibt: Rechts eine Karte, links eine Karte, sich selbst eine Karte; rechts eine zweite Karte, links eine zweite Karte, sich selbst eine zweite Karte. Rechte Seite: „Es wird gedeten." Linke Seite: „Es wird gedeten." Der Bankier sieht seine Karte an: „Die Bank hat neun." Er streicht alles Geld ein und zählt: Annähernd 150 000 Mark. — „Ich bitte das nächste Spiel zu machen . . ."

Unermüdlich . . . Millionäre zittern und sehen mühsam errichtete Banken einstürzen.

Unten an der linken Seite hinter dem Tisch sitzt ein unscheinbarer Herr. Er sitzt seit zwei Stunden auf demselben Stuhl und hat noch niemals gesetzt. Er betrachtet ständig und mit Aufmerksamkeit die Runde, ohne teilzunehmen.

„Das letzte Spiel!" ruft der Klubleiter.

„Ich bitte das Spiel zu machen!" ruft der Bankier. Unzählige werden vorgeschoben.

Der unscheinbare Herr greift in die Brusttasche, bringt einen Stoß Banknoten hervor und legt sie auf den Tisch.

„Wieviel?" fragt der Bankier.

„25 000," sagt der unscheinbare Herr.

Der Bankier gibt: Rechts eine Karte, links eine Karte, sich selbst eine Karte; rechts eine zweite Karte, links eine zweite Karte, sich selbst eine zweite Karte. Rechte Seite: „Es wird gedeten." Linke Seite: „Es wird gedeten." Der Bankier sieht seine Karte an: „Die Bank hat neun." Er streicht alles Geld ein und zählt: Annähernd 150 000 Mark. — „Ich bitte das nächste Spiel zu machen . . ."

Unermüdlich . . . Millionäre zittern und sehen mühsam errichtete Banken einstürzen.

Unten an der linken Seite hinter dem Tisch sitzt ein unscheinbarer Herr. Er sitzt seit zwei Stunden auf demselben Stuhl und hat noch niemals gesetzt. Er betrachtet ständig und mit Aufmerksamkeit die Runde, ohne teilzunehmen.

„Das letzte Spiel!" ruft der Klubleiter.

„Ich bitte das Spiel zu machen!" ruft der Bankier. Unzählige werden vorgeschoben.

Der unscheinbare Herr greift in die Brusttasche, bringt einen Stoß Banknoten hervor und legt sie auf den Tisch.

„Wieviel?" fragt der Bankier.

„25 000," sagt der unscheinbare Herr.

Der Bankier gibt: Rechts eine Karte, links eine Karte, sich selbst eine Karte; rechts eine zweite Karte, links eine

Waldeyer †.

Am Sonntag ist der berühmte Berliner Anatom Geh. Rat Wilhelm v. Waldeyer-Hartz im 85. Lebensjahr gestorben. Er war 1836 im Braunschweigischen geboren, besuchte das Gymnasium in Paderborn, studierte Mathematik, Naturwissenschaften, Medizin und Anatomie in Göttingen und Greifswald, war tätig am Anatomischen Institut in Berlin und an den Physiologischen Instituten in Königsberg und Breslau, als Privatdozent in Breslau, als Professor für pathologische Anatomie in Straßburg und seit 1883 als Ordinarius für Anatomie in Berlin.

Der Aufschwung des anatomischen Unterrichts an der Berliner Universität datiert von seinem Eintritt in den Lehrkörper. Er hat sein Lehramt bis 1910 ausgeübt. Darnach betätigte er sich als Mitglied der Akademie der Wissenschaften lediglich als Forscher. Als Sekretär der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, sowie auch als Lehrer hat er in selbstloser Weise zahlreichen Aufstrebenden die Wege geebnet. Seine berühmtesten Vorarbeiten waren die über topographische Anatomie und Eingeweideorgane.

Sehr groß ist die Zahl seiner wissenschaftlichen Arbeiten. Seine bedeutendsten anatomischen Untersuchungen und Abhandlungen betreffen den Eierstock, die Zähne, die Haare, das Auge, die Lage der Beckenorgane und der Blutgefäße im Bauche, die feinere Anatomie des Hirns und Rückenmarks.

Die Forschungsergebnisse der Anatomen der einzelnen Länder wurden in der Brain-Kommission ausgetauscht: in diesem Kreise war Waldeyer lange Jahre die führende Persönlichkeit. Außerdem hat er auf zahlreichen Kongressen präsidiert. Sein organisatorisches Geschick, seine Arbeitskraft und sein harmonisches Wesen machen ihn zum Leiter wissenschaftlicher Veranstaltungen besonders geeignet.

Er hat die Redaktion der von Virchow gegründeten „Jahresberichte", einer der größten medizinisch-literarischen Unternehmungen, geleitet. Auch in den Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften sind viele Beiträge von ihm veröffentlicht.

k.

Professor Johannes Volkelt und der „Reigen". Uns wird aus Leipzig geschrieben: Ein Urteil von ungewöhnlicher Härte und Schroffheit fällt der Leipziger Philosophieprofessor und Aesthetiker Geheimer Hofrat Dr. Johannes Volkelt über Schnitzlers „Reigen", mit dem das „Kleine Theater" eröffnet worden ist. Er schreibt in einer Leipziger Tageszeitung u. a.: „Als ich vor etwa 20 Jahren Schnitzlers „Reigen" las, hielt ich es für ausgeschlossen, daß ein Theaterleiter eine Aufführung dieser Szene wagen werde. Ich sagte mir: eine Schamlosigkeit, die den Unzuchtsakt zehnmal zu nahe handgreiflicher Gegenwart auf die Bühne bringt, sei keinem Theaterleiter zuzutrauen. Heute ist — dank den Bemühungen zahlloser Bühnenleiter und Bühnenleiter um Ausmerzung des Schamgefühls die Abstumpfung des sittlichen Empfindens und zugleich — dank vor allem der expressionistischen Kunst — die Verrohung des künstlerischen Geschmacks soweit gediehen, daß ein Theater den traurigen Mut hat, sich am Tage seiner Eröffnung durch Schnitzlers pornographische Skizze die Weihe zu geben. Ich frage: ist es wirklich ein veralteter Standpunkt, wenn erwartet wird, daß sich der Theaterleiter die ungeheure Verantwortung vor Augen halte, die er der Volksseele gegenüber trägt? Es ist ein geradezu grauenhafter Gedanke, daß die nichtswürdige Unzuchts-Feinschmeckerei, aus der Schnitzlers Stück hervorgegangen ist, Abend für Abend in Phantasien und Fühlen zahlloser Zuhörer hinüberströmt." — Weder die Kritik noch das Publikum selbst hat von einem solchen Hinüberströmen auch nur das Mindeste wahrgenommen. Die Kennzeichnung des Schnitzlerschen „Reigens" als pornographische, aus nichtswürdiger Unzuchts-Feinschmeckerei hervorgegangene Skizzen verdient eine Richtigstellung, auch wenn ein sonst verehrter Philosophieprofessor der älteren Schule Urheber einer solchen Verkennung ist.

S. R.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210125023/fragment/page=0002